**LAG Bildungspolitik**

**Protokoll der Sitzung vom 23.3.2019**

Samstag, 23.3.19, 11:00 – 15:00 Uhr im LINKE-Büro in HERNE, Hauptstr. 181, Tel.: 02325-654049.

Tagesordnung:

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung:

Wurde genehmigt

1. Bericht der Sprecher\*innen + Beschlusskontrolle

Wir sind noch nicht weiter in Sachen Homepage

1. Schulfach Wirtschaft – Stellungnahme für unsere Homepage

Das Papier von Genot, das besprochen wurde, soll auf unsere Homepage (Michael)

1. „Fridays for Future“

Es geht eine Stellungnahme an die KVs und Ratsvertreter\*innen:

Die Schüler\*innen der örtlichen Orga-Komitees einzuladen

Dabei soll es einen Hinweis auf die Bonner Friedensdemos in den 80er Jahren geben wegen des Unterrichtsausfalls und dass Lehrkräfte durchaus kreativ sein können

In den Räten können Anträge gestellt werden, sie einzuladen

(Barbara und Gunhild)

1. BAG-Tagung „Bildung und Armut“ im Herbst 2019: Beitrag der LAG

Der Eigenbeitrag der LAG soll darin bestehen, große Tafeln vorzubereiten mit den Kosten für Schule, die den Eltern im Laufe des Schuljahrs entstehen – mit und ohne BuT

(Barbara)

1. Hinweise zum Umgang mit dem kommenden Digitalpakt-Geld in den Kommunen: hier Papier der BAG Kommunalpolitik+Bildungspolitik

Wird herumgeschickt, sobald es endgültig fertig ist. Dabei geht es auch darum, Geld aus dem Digitalpakt für die Systemadministration abzuzweigen. (Gunhild)

1. Bildungspolitisches Bündnis Rhein-Ruhr

Sonja berichtet und wird auch weiterhin über Termine informieren.

1. Weiteres Vorgehen Talentschulen + Hinweise für die Arbeit vor Ort

Soll an Kommunalpolitiker\*innen herumgeschickt werden (Gunhild)

1. Internetauftritt: Welche Dokumente stellen wir ein? Bitte mitbringen!!!

Es gibt eine Verständigung über die Struktur der zukünftigen Homepage der LAG. Die LAG muss das mit dem Landesverband klären (Gunhild, Michael)

1. Schulbaufinanzierung in „armen“ Städten – Wege aus der Haushaltssicherung

Alle Städte in NRW, die in der Haushaltssicherung bzw. Stärkungspaktkommune sind, haben das Problem, dass sie kaum größere Investitionen im Schulneubau tätigen können. Ein ähnliches Problem haben die Bundesländer ab 2020 wegen der „schwarzen Null“, an die sie sich halten müssen, auch wenn sie sie für politisch falsch halten. Der Berliner Senat hat nun eine Idee umgesetzt, den Schulbau durch seine kommunale Wohnungsbaugesellschaft durchzuführen, die Schulen abzuzahlen durch Miet-Kauf und damit die Investitionssumme strecken zu können.

In Wuppertal stellt die Ratsfraktion gerade den Antrag, das Berliner Miet-Kauf-Modell des Senats zu prüfen. Weiteres dazu wird Gunhild berichten.

1. Verschiedenes

Wollen wir einen bildungspolitischen Flyer für den Kommunalwahlkampf vorbereiten? Debatte in der nächsten Sitzung

Nächste LAG Bildungspolitik: 11.5.19 in Herne

Protokollantin: Gunhild Böth